

Avanti O.

Beilage:
Die Rebellion der
„Gelbwesten“.

ISO Oberhausen & FreundInnen



Spontane Aktion der Teilnehmer*innen vom Internationalen Frauenfrühstück in Altenberg, Oberhausen, 8. März 2019.

Wenn Frauen streiken, steht die Welt still!

PETRA STANIUS

Gründe, am Internationalen Kampftag der Frauen 2019 in den Streik zu treten und auf die Straße zu gehen, gibt es genug.

Von einer Gleichstellung der Geschlechter sind wir noch weit entfernt. Im Gegenteil werden durch Angriffe von Rechts bereits erkämpfte Frauenrechte wie das auf Schwangerschaftsabbruch wieder in Frage gestellt.

Und viele Forderungen der Frauenbewegung(en) sind längst nicht erfüllt:

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit zum Beispiel. Die Lohnlücke hält sich hartnäckig bei rund 21 % zu Lasten der Frauen. Soziale Berufe und Dienstleistungen am Menschen, die „Frauenberufe“, sind unterbewertet.

Die, häufig unfreiwillige, Teilzeitarbeit von Frauen vergrößert den Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern noch mehr und führt zu Armutsrenten.

Männergewalt trifft auch in Deutschland unfassbar viele Frauen und Kinder. Sie wird gerne als privates „Familiendra-

ma“ verharmlost, statt konsequent als das verfolgt zu werden, was es ist: ein Verbrechen.

Im Gegenteil ist noch nicht einmal die Forderung nach dem ausreichenden Schutz der Opfer vor den Tätern erfüllt. Es gibt zu wenig Frauenhäuser, die zudem nicht ausreichend finanziert werden und darum auf Spenden angewiesen sind.

25 Jahre nach dem Frauenstreik in Deutschland 1994 haben in diesem Jahr erstmals wieder zahlreiche Gruppen und Bündnisse quer durch die Republik Frauen zur Arbeitsverweigerung am 8. März aufgerufen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der unbezahlten Sorge- und Hausarbeit, die nach wie vor zum größten Teil von Frauen geleistet wird.

Wenn Frauen streiken steht die Welt still – ein Anfang ist gemacht! ■

Liebe Leser*innen,

diese März-Ausgabe der *Avanti O.* erscheint zu früh, um ausführlich über die Aktionen am Internationalen Kampftag der Frauen zu berichten – aber spät genug für einen ersten Eindruck auf der Titelseite.

In Berlin ist der 8. März erstmals Feiertag – ein Anlass, sich mit der Entstehung und der Bedeutung des Frauentages zu unterschiedlichen Zeiten an verschiedenen Orten zu beschäftigen (S. 2).

Ein ganz anderes „Frauenthema“ ist der geplante Stellenabbau durch die Fusion von Karstadt und Kaufhof (S. 3): der überwiegende Teil der dort Beschäftigten ist weiblich.

Auch aus Oberhausen gibt es einiges zu berichten: Der Rat der Stadt Oberhausen hat die Chance vertan, dass auch unsere Stadt für eine humane Politik steht, die für die Beendigung des Massensterbens im Mit-

telmeer eintritt (S. 4).

Was ist struktureller Rassismus? Sich damit näher zu befassen, ist offenbar unangenehm. Stattdessen wird lieber eine schräge Debatte um den Ruf des Theaters Oberhausen geführt. Ein konstruktiver Beitrag dazu: Seite 5.

Wenn Deutschland einen Putsch in Venezuela unterstützt, so wollen auch in Oberhausen nicht alle schweigend zusehen (S. 6).

Auf Seite 7 findet Ihr den letzten Teil der Serie „200 Jahre Karl Marx“.

Beim Sternmarsch in Garzweiler schließlich können alle sich wieder dafür engagieren, dass nicht noch mehr Dörfer zerstört werden für eine Technologie, die dem Gestern angehört (S. 8).

Wir hoffen auf Euer Interesse an den ausgewählten Themen.

Eure Redaktion

INHALT

01 Frauenstreik Gründe gibt's genug	TITEL
	EDITORIAL/INHALT/FEMINISMUS
02 8. März 8. März als gesetzlicher Feiertag?	BETRIEB UND GEWERKSCHAFT
03 Karstadt/Kaufhof Wie den Abbau stoppen?	OBERHAUSEN
04 Aus dem Rathaus Oberhausen ist kein sicherer Hafen	

05 Was ist Rassismus? Eine Frage nicht nur fürs Theater	
06 Venezuela Komitee Oberhausen Kein Öl ins Feuer!	MARX 200
07 Technologie Keine Neutralität?	STERNMARSCH/TERMINE
08 „Alle Dörfer bleiben“ Kohle stoppen! Dörfer schützen!	
08 Termine	THEORIEBEILAGE
	Die Rebellion der „Gelbwesten“

8. März

Machen wir den 8. März zum gesetzlichen Feiertag?!

Hamburg: „Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, den 8. März durch die Novellierung des Hamburgischen Landesfeiertagsgesetz(es) zum gesetzlichen Gedenk- und Feiertag zu erklären.“ Das war im Jahre 2009, und es ist nichts beschlossen worden. Es ist zehn Jahre später, also 2019, aber in Berlin gelungen. Dieses Jahr ist der 8. März gesetzlicher Feiertag in Berlin!

BARBARA SCHULZ

ALDI hat blitzschnell reagiert, es geht um die „Wochenend-Knaller“: „Aufgrund des regionalen Feiertags (Weltfrauentag) finden Sie unsere Angebote in Berlin bereits ab Do. 07.03.“, so im Reklamezettel! Eigentlich fast eine werbende Erinnerung, denn am gesetzlichen Feiertag ist nicht verkaufsoffen!

Feiertag ist der 8. März aber in einigen Ländern, von Angola bis Vietnam und Weißrussland, in der VR China haben die Frauen am Nachmittag frei.

Schon 1858 demonstrierten Tabak- und Textilarbeiterinnen in Manhattan. Der erste Frauentag 1909 in den USA war ein Erfolg. Sozialistinnen und Bürgerliche, die für das Wahlrecht eintraten, agierten gemeinsam. Die Idee wurde von der US-Amerikanerin May Wood Simons nach Kopenhagen getragen, wo im August 1910 die Sozialistinnen Clara Zetkin und Käthe Duncker sich für einen Antrag einsetzten, der die sozialistischen Frauen aller Länder zu einem Frauentag aufforderte, der „in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht“ dienen sollte.

So wurde der erste Frauentag am 19. März 1911 in Deutschland, Dänemark, Österreich-Ungarn, der Schweiz und den USA

gefeiert. Das war in Deutschland ein Erfolg für die sozialdemokratische Partei, die seit 1900 das Wahlrecht für Frauen forderte. So forcierte sie für 1912 gegen manche Einwände den Frauentag, der sich etablierte. Mit dem 12. November 1918 wurde durch die Provisorische Regierung „das freie, geheime, aktive und passive Wahlrecht für Männer und Frauen über 20 Jahre“ verkündet. Die Vorkriegsforderung war erfüllt.

In St. Petersburg hatten am 8. März 1917 (23. Februar des alten Kalenders) die Arbeiter- und Soldatenfrauen, ja selbst Bäuerinnen durch Streiks und Demonstrationen die Februarrevolution mit ausgelöst. Die Zweite Internationale Konferenz Kommunistischer Frauen erklärte auf Vorschlag der bulgarischen Delegation den 8. März zum Gedenktag – Frauentag. Andere meinen, es sei Lenin gewesen, der dem Ansinnen Alexandra Kollontais gefolgt sei und den 8. März 1921 zum Internationalen Frauentag erklärte. Ein Jubiläum ist also nicht fern!

In Deutschland gab es für die Jahre 1933 bis 1945 ein Verbot dieser sozialistischen und kommunistischen „Machenschaften“, dafür gab es den Muttertag. 1946 etablierte die Sowjetunion für

ihr Besatzungsgebiet den 8. März, der in der DDR Jahr für Jahr begangen wurde. Es gab Blumen und Feiern und Betriebsausflüge der Frauen, etwa in Begleitung eines Gewerkschaftssekretärs, der die Kasse verwaltete. Natürlich wurden in den Feierstunden die Frauen auch an ihre Pflichten erinnert. In der Bundesrepublik gewann der Frauentag mit dem Aufbruch der Frauenbewegung am Ende der 60er Jahre an Bedeutung. Und im Dezember 1977 beschloss die Generalversammlung der UN, den 8. März als Internationalen Frauentag anzuerkennen.

In den 90er Jahren lebte der Frauentag wieder auf, 1994 etwa als Frauenstreiktag. Diese Idee wird gegenwärtig wieder verstärkt aufgenommen, wird aber durch die Interpretation der Streikgesetzge-

bung gebremst. Ist ein Frauenstreik ein politischer Streik? So konzentrieren wir uns auf die Demonstrationen, um unsere Forderungen auszudrücken.

Es scheint mir gegenwärtig nicht unbedingt von Vorteil zu sein, den 8. März zum gesetzlichen Feiertag zu machen, nicht nur, weil das Streiken dann keinen großen Effekt hat. Allgemeine Arbeitsruhe nimmt dem Tag das Kämpferische, das Aufrührerische, das er in Teilen heute hat.

Was bleibt, sind – zusammengefasst – Forderungen, die das Lied der US-Frauenbewegung von 1912 ausdrückt. Da heißt es am Ende: „Her mit dem ganzen Leben: Brot und Rosen.“ ■

Fusion Kaufhof/Karstadt: Benko zieht blank

HELMUT BORN

Ende Januar gab der Vorstand des fusionierten Warenhauskonzerns Karstadt/Kaufhof die Pläne für die beiden Unternehmen bekannt. Dabei wurde deutlich, dass es im Kaufhof zu einem erheblichen Arbeitsplatzabbau und ziemlich weitgehenden Änderungen der Arbeitsabläufe kommen soll. Außerdem wurde bekannt gegeben, dass eine OT (Ohne Tarifbindung) Mitgliedschaft im Einzelhandelsverband (HDE) angestrebt wird.

Damit einhergehend soll mit der Gewerkschaft ver.di ein Sanierungstarifvertrag verhandelt werden, der zu einem Abbau der Einkommen und zu Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen führen soll. Deutlich wurde, dass im neuen Unternehmen allein die Benko-Gruppe, Signa, das Sagen haben wird. Der mit 49,9 % an dem Unternehmen beteiligte ehemalige Besitzer von Kaufhof, HBC, spielt offensichtlich, zumindest nach außen hin, überhaupt keine Rolle mehr.

Schließung der Kaufhof Hauptverwaltung

Als dickster Brocken wurde die weitgehende Schließung der Kaufhof Hauptverwaltung in Köln angekündigt. Bis auf einen kleinen Rest der Arbeitsplätze, die in ein Lager verlegt werden sollen, wird die Steuerung des Unternehmens aus der Karstadt-Zentrale in Essen geleistet werden. Dies führt zu einem Arbeitsplatzabbau von ca. 1.000 Vollzeitkräften.

In den ca. 100 Kaufhof Filialen soll es zu einem Arbeitsplatzabbau von 1.600 Vollzeitstellen kommen. Davon betroffen werden aber erheblich mehr Beschäftigte sein, da es im Verkauf erheblich mehr Teilzeitbeschäftigte als in der Hauptverwaltung gibt. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten liegt oftmals bei 60 % oder auch darüber. Hier könnten also mehr als 3.000 Beschäftigte von dem Personalabbau betroffen sein.

Änderungen in den Betriebsabläufen

Auch die Maßnahmen zum Umbau der Arbeitsorganisation haben es in sich. So soll es eine weitgehende Trennung der Funktionen geben, was u.a. zu einer Dequalifizierung und zu Abgruppierungen der Beschäftigten führen wird. So sollen zum Beispiel die VerkäuferInnen nur noch jeweils für die Kasse, für das Auffüllen der Ware oder für die Bedienung zuständig sein. Die Arbeit wird also erheblich eintöniger werden. Es wird eine noch weitergehende Flexibilisierung der Arbeitszeit angestrebt sowie ein Abbau der Hierarchien.

Frontaler Angriff auf die Beschäftigten

Die ganzen Maßnahmen zusammen genommen bedeuten einen

frontalen Angriff auf die Rechte und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Dies bedeutet auch eine weitgehende Einschränkung der Rechte der Betriebsräte und droht, wenn dies alles ohne nennenswerten Widerstand hingenommen würde, zu einer massiven Schwächung zu führen. Hierbei muss vor allem das Geschäftsmodell von Benko angegriffen werden, das eine Trennung von Immobilien und Einzelhandel vorsieht. Die Ausgliederung der Filialen in Eigenbesitz in eine eigenständige Immobiliengesellschaft führt zu einer Verlagerung der Profite von dem Einzelhandel in die Immobiliengesellschaft. Zu fordern ist, dass die Gewinne bei den Immobilien, die ja durch die Mieteinnahmen der Filialen entstehen, offengelegt und der Gesellschaft gutgeschrieben werden.

Konsequent gegen Personal- und Lohnabbau

Ver.di steht in diesem Kampf vor der Herausforderung, in einem für sie nicht einfachen Unternehmen mit wenig kampferfahrenen oder kämpferischen Belegschaften eine Auseinandersetzung gegen einen eindeutig positionierten Unternehmer zu führen. Ein Ausweichen vor dieser Herausforderung würde eine weitere Entfremdung der Beschäftigten von ihrer Gewerkschaft in dem Unternehmen bedeuten. Die Diskussionen um einen Kompromiss für einen neuen Sanierungstarifvertrag ist da mehr als schädlich. Allein der Abbau der Arbeitsplätze bedeutet eine Kostensenkung von ca. 130 Millionen Euro, dazu kommt die Vermietung oder der Verkauf der Kaufhof Zentrale in bester Kölner Innenstadtlage. Benko will über den Sanierungstarifvertrag weitere 70 Millionen Euro einsparen. Auch wenn ein solcher Kampf in der heutigen Situation sehr schwierig ist, so ist er aber nicht unmöglich. Angefangen werden muss mit deutlichen Aussagen: Kampf um jeden Arbeitsplatz!

Stopp der Tarifflucht – Kein Sanierungstarifvertrag – Karstadt zurück in den Tarifvertrag des Einzelhandels! ■

Helmut Born ist Mitglied des ver.di Landesbezirksvorstands NRW. Die ungekürzte Fassung dieses Artikels ist in der SoZ Nr. 3 von März 2019 veröffentlicht und auch online zu finden unter www.sozonline.de/2019/03/fusion-kaufhofkarstadt.

Aus dem Rathaus

Seebrücke: Oberhausen ist nicht dabei

Es werden mehr: Inzwischen haben sich in Deutschland 43 Städte der Initiative „Seebrücke“ angeschlossen. Oberhausen gehört nicht dazu. Eine Ratsmehrheit ließ am 12. Februar einen entsprechenden interfraktionellen Antrag scheitern. Wir dokumentieren hier die Stellungnahme der Seebrücke Oberhausen, die auch wir unterstützen.

Stellungnahme der Seebrücke Oberhausen zur Ratssitzung am 18.02.19

Offener Brief

- An die Wohlfahrtsverbände
- An alle Mitgliedsorganisationen
- Der Presse zur Kenntnis

In der Ratssitzung am 18.02.19 wurde der Antrag von Grünen, Linken und der Ratsfrau Andrea-Cora Walther behandelt, der in Übereinstimmung mit der Seebrücke Oberhausen forderte:

Der Rat der Stadt Oberhausen spricht sich dafür aus, aus Seenot gerettete Geflüchtete in Deutschland zusätzlich aufzunehmen. Der Oberbürgermeister wird gebeten, der Bundesregierung und Landesregierung NRW die Bereitschaft zur Aufnahme auch in Oberhausen mitzuteilen und an die Bundesregierung zu appellieren, alles zu unternehmen, um das Sterben im Mittelmeer und die Kriminalisierung ziviler Seenotrettung zu beenden.

Diese sehr klaren Forderungen erhielten schon bei der Vorberatung im Sozialausschuss am 30.01.19 die Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände in Oberhausen, d.h. der AWO, der Caritas, des Diakonischen Werkes, des Deutschen Roten Kreuzes, der Jüdischen Gemeinde sowie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

Ein in der Oberhausener Stadtgesellschaft ähnlich breit getragener Antrag wird dem Rat der Stadt Oberhausen wohl selten vorgelegen haben: 6 große Verbände, 2 Parteien und eine Ratsfrau sowie die 21 Organisationen, die sich zur Oberhausener Seebrücke bekennen, stehen dahinter.

Der Antrag entspricht seinem Inhalt nach auch den Beschlüssen von inzwischen über 40 Städten in Deutschland, die die Bundesregierung aufrufen, das Ihre zu tun, um das Sterben im Mittelmeer ebenso zu beenden wie die Kriminalisierung der Seenotrettung, und die anbieten, gerettete Menschen in der eigenen Stadt aufzunehmen. Sehr konkrete Punkte an sehr konkrete Adressaten: die deutsche Bundesregierung sowie die Landesregierung, die dadurch Gewicht erhalten und tatsächlich Verhalten ändern können, wenn sich viele – möglichst alle – Städte Deutschlands daran beteiligen.

Dagegen legten die Fraktionen von SPD und CDU einen zweiseitigen Alternativtext vor mit dieser Forderung:

Der Rat der Stadt bittet deshalb den Oberbürgermeister sowie die Oberhausener Bundestagsabgeordneten, einen Appell an die Bundesregierung zu richten, alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, um die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer zu beenden.

- Behandelt als TOP 31.8 um 20.00 Uhr, da die Bitte, den Tagesordnungspunkt wegen der vielen Gäste vorzuziehen, mehrheitlich abgelehnt wurde,
- Verbunden mit dem wiederholt vorgetragenen Vorwurf

- durch den Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion, Wolfgang Große Brömer, an die Antragsteller des Seebrückenantrags, Spalter zu sein. Wer spaltet hier? Wer wird angeblich gespalten?
- Verbunden mit dem unbegreiflichen Vorwurf an die Räte aller nunmehr 43 Städte, die den Aufruf der Seebrücke unterstützt haben, dass dieser Appell der Seebrücke bisher noch nicht dazu geführt habe, gerettete Menschen in Deutschland zusätzlich aufzunehmen. Rettet etwa der Appell im Antrag der SPD und CDU Menschen vor dem Ertrinken?
- Mit dem Adressaten Europa, wo nur wenig Kenntnis nötig ist, um zu ermessen, dass Europa sich hier nicht einigen wird;
- Vor allem aber ohne konkrete Forderung, ohne konkretes Angebot unserer Stadt, wurde nach enttäuschender Debatte der Seebrückenantrag abgelehnt, der Antrag von SPD und CDU angenommen.

Für die Seebrücke Oberhausen bedeutet dies eindeutig:

Fortsetzung unserer aufklärerischen und humanitären Aktivitäten, denn wir können nicht ertragen, was durch deutsche und europäische Politik im Mittelmeer, an den afrikanischen Staatsgrenzen, in den Wüsten, in den Lagern an Unmenschlichkeiten passiert.

Wir werden nicht aufhören, gegen diese Politik zu kämpfen, der jährlich Tausende zum Opfer fallen.

Wir werden gemeinsam mit unseren Mitgliedsverbänden unseren Beitrag gegen das Schweigen leisten.

Wir werden nicht wegsehen. Wir können wissen, was unter deutscher und europäischer Planung vor sich geht!

Wir laden alle Interessierten zu unseren Planungstreffen jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 18:00 Uhr in das Unterhaus ein, um weiter gegen das Töten durch Unterlassen zu informieren und zu protestieren.

Seebrücke Oberhausen ■



Rassismus am Theater Oberhausen?

Ein Interview in der taz vom 07.02.19 mit dem Theaterkollektiv Technocandy und deren Forderung, in den Vertrag mit dem Theater Oberhausen eine Anti-Rassismusklausel aufzunehmen, hat in Oberhausen zu großer Aufregung geführt, die sich auch in der Lokalpresse niederschlug. Wir drucken mit freundlicher Genehmigung des Autors unten seinen erfreulich sachlichen Beitrag zur Debatte ab.

Der blinde Fleck

Leserbrief von Jörn Vanselow an die Lokalredaktionen von NRZ und WAZ Oberhausen vom 21.02.2019

Es ist schon erschreckend, auf welchem intellektuellem Niveau sich die Diskussion um die so genannte Rassismusklausel in der Öffentlichkeit abspielt und was für blinde Flecken sich diesbezüglich bei einigen offenbaren.

Es gibt nicht DEN Rassismus, den aufgeklärte, sich selbst oft sogar als Anti-Rassisten verstehende Menschen, bei „Ausländer raus“ skandierenden Nazis oder AfD-Politiker*innen verorten. Dies ist lediglich eine sehr offensichtliche Form von Rassismus, wenn auch eine ziemlich ekelhafte. Rassismus ist es auch, wenn ein*e deutsche*r Vermieter*in, auch wenn sie/er selber vielleicht kein*e Rassist*in ist, aus Sorge um die Reaktion der anderen Mieter*innen, die freie Wohnung dann doch lieber an eine*n deutsche*n, als an eine*n nicht-deutsche*n Interessentin / Interessenten vermietet.

Und es gibt sogar wohlmeinenden Rassismus, wie das „Du“, das der / dem neuen, nicht-deutschen Kollegin / Kollegen auf der Arbeit oft umstandslos angeboten wird, um zu signalisieren, dass sie oder er trotz seiner Herkunft akzeptiert und aufgenommen wird.

Gemeinsam ist all diesen Handlungsweisen allerdings, dass sie eine Unterscheidung treffen. Zwischen „denen“ und „uns“, und dabei mal laut brüllend, mal unsichtbar und mal in bester Absicht davon ausgehen, dass es zwischen „denen“ und „uns“ aufgrund von Herkunft oder Hautfarbe einen generellen Unterschied geben würde. Während die erste Variante leicht zu identifizieren ist (und auch leicht von sich zuweisen ist), tun sich Menschen, die selber nicht von Rassismus betroffen sind – und das sind in diesem Land weiße und deutsche Menschen – oft schwer damit, subtilere und für sie quasi unsichtbare Formen rassistischer Handlungsweisen zu erkennen. Was sozusagen in der Natur der Sache liegt, da man als Weiße*r in einer von Weiße*n dominierten Gesellschaft hier schlichtweg einen blinden Fleck hat.

Wenn nun also eine junge, freie Theatergruppe wie „Technocandy“ auf die Aufnahme einer Anti-Rassismus-Klausel in ihren Vertrag besteht, hat dies nichts damit zu tun, nach Belieben die „Rassismus-Karte“ ziehen zu können, sondern geht es auch darum, jene Formen von Rassismus sichtbar zu machen (bzw. diese im Falles des Falles sichtbar machen zu können), die für Angehörige der Mehrheitsgesellschaft oftmals unsichtbar sind. Es geht also mitnichten um Willkür oder „Tugendterror“ (Stehr, CDU), sondern um Diskurs und Auseinandersetzung.

Und schon gar nicht geht es darum, das Theater als Ganzes oder einzelne Mitarbeiter*innen öffentlich an den Pranger zu stellen oder vor interne Tribunale zu zerren. Man hätte sich gewünscht,

dass die Kritiker*innen der besagten Klausel sich die Mühe gemacht hätten, ihre Zielrichtung auf der Homepage einer der beiden Initiatorinnen einmal genau durchzulesen. Und es geht natürlich auch um den legitimen Schutz von von Rassismus betroffenen.

Statt sich also mit Inhalten und Zielsetzungen der Klausel auseinanderzusetzen (was ja Kritik nicht ausschließt), haben sich Teile der Belegschaft anscheinend entschlossen an die Öffentlichkeit zu gehen. Was durchaus berechtigt ist.

Nicht berechtigt und auch diffamierend ist es allerdings, wenn – wie in der lokalen Presse geschehen – geradezu hämisch die Qualität der letzten Produktion der Gruppe dafür genutzt wird, dem Anliegen des Trios seine Berechtigung abzusprechen. Und es zeugt von mehr als schlechten Stil, wenn ein ehemaliges Ensemblemitglied, offensichtlich „gebrieff“ von alten Freund*innen vor Ort, sich aus Bonn meint in die Debatte einmischen zu müssen und dafür auch noch spaltenweise Platz eingeräumt bekommt. Dies und das Niveau der Auseinandersetzung schaden dem Theater in der Tat. Nicht eine Klausel, die – wenn alles so perfekt im Theater ist, wie uns ihre Kritiker*innen glauben machen wollen – nie zur Anwendung kommen wird.

Zu hoffen ist, dass die Debatte damit nicht zu Ende ist, sondern als Ausgangspunkt einer Auseinandersetzung mit dem rassistischen und kolonialistischen Erbe des europäischen Theaters als solches genutzt, der Konflikt also als Chance begriffen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Jörn Vanselow



Graffiti – gefunden nicht in Oberhausen, sondern in Chemnitz.

Foto: Avanti?

Putschversuch in Venezuela

Einmischung widerspricht Völkerrecht!

Auch Deutschland unterstützt den Putschversuch von Guaidó und heizt damit die Krise in Venezuela weiter an. Die Kriegsgefahr in dem lateinamerikanischen Land wächst, eine US-amerikanische Militärintervention droht. Und dies alles wieder einmal unter dem Vorwand, der dortigen Bevölkerung helfen zu wollen. Aus Protest gegen diese Politik hat sich das Venezuela Komitee Oberhausen gegründet, an dem auch unsere Gruppe beteiligt ist. Wir drucken hier den Text des Flugblattes des Komitees ab, das bei einer Aktion am 7. März vor dem Theater Oberhausen verteilt wurde.

„Liebe Theaterbesucherinnen und -besucher,

Sie sind heute hierher gekommen, um ein Stück über die Unterdrückung der Bergarbeiter in Kolumbien zu sehen, mit dem treffenden Titel „Das Recht des Stärkeren“.

Deutschland ist mit dem Ende des Steinkohlebergbaus nicht etwa aus der Steinkohle ausgestiegen, sondern importiert die Steinkohle stattdessen aus Ländern wie Kolumbien.

Diese Steinkohle ist deshalb so billig, weil die kolumbianischen Bergarbeiter brutal unterdrückt werden.

Auch unsere Stadt Oberhausen ist darin verwickelt. Oberhausen ist Miteigentümer der STEAG, die ein riesiges Kohlekraftwerk in Kolumbien unterhält.

Ihnen wird die Situation in Kolumbien nicht gänzlich unvertraut sein.

Kolumbien ist eines der repressivsten Länder Lateinamerikas. Todesschwadronen, die eng mit dem Militär zusammenarbeiten, ermorden regelmäßig Gewerkschafter*innen, Bauernvertreter*innen und andere soziale Aktivist*innen. Die Waffen dafür bekommen sie auch aus Deutschland.

Der deutsche Rüstungskonzern Sig Sauer ist letzte Woche vor dem Kieler Landgericht angeklagt worden, 38.000 Pistolen illegal ins Bürgerkriegsland Kolumbien exportiert zu haben. Nach nur einen Tag Verhandlungsdauer hat das Gericht die Einstellung des Verfahrens gegen Geldbuße angeboten.

Die Grenzregion zu Venezuela ist eine der ärmsten Kolumbiens und eine Hochburg der Guerillagruppe ELN, die sich seit Jahrzehnten im Kampf gegen den kolumbianischen Staat befindet. Vor kurzem sind leider die Friedensverhandlungen zwischen Kolumbien und der ELN gescheitert.

Gerade diese Region bräuchte Frieden und Unterstützung für die verelendete und kranke Landbevölkerung.

Stattdessen mussten wir am Wochenende erleben, wie der kolumbianische Staat eine gewaltsame Grenzverletzung für angeblich humanitäre Hilfslieferungen unterstützt hat.

Die kolumbianische Grenzstadt Cúcuta, von der die Aktion startete, ist die drittgefährlichste Stadt Kolumbiens und weltweit auf dem 50. Platz. Die Mordrate beträgt 34,78 auf 100.000 Einwohner. Cúcuta bräuchte selbst Hilfe.

Venezuela hat wiederholt erklärt, dass es Hilfslieferungen unter der Aufsicht der UNO oder des Roten Kreuzes bereit ist anzunehmen.

Solche Hilfslieferungen würden unparteiisch und neutral erfolgen, woran aber weder die USA noch Guaidó, der selbsternannte Präsident Venezuelas, ein Interesse hat.

Am Montag (26.02.) hat Kolumbien beim Treffen der Lima-Gruppe erkennen lassen, dass es selbst zu einer bewaffneten Intervention in Venezuela bereit wäre. Das will nicht einmal Brasilien mitmachen.

Im Interesse der geschundenen Menschen Kolumbiens, im Interesse Venezuelas, fordern wir die USA und die EU-Länder auf, alle verhängten Sanktionen, alle Handels- und Finanzbeschränkungen sofort und vollständig aufzuheben.

Hände weg von Venezuela!

Wir lehnen mit aller Entschiedenheit den US-amerikanischen Interventionismus sowie jede andere Form der ausländischen Einmischung ab. Wir fordern von der Bundesregierung die, nach Aussage des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages vom 15.02.2019, im Grunde völkerrechtswidrige Anerkennung des selbsternannten Präsidenten Guaidó zurückzunehmen.

Wir wünschen Ihnen einen guten Theaterabend!

Venezuela Komitee Oberhausen“



Protestaktion am 7. März vor dem Theater Oberhausen.

Foto: AvantiO.

200 Jahre Karl Marx (Teil IX)

Technologie ist nicht neutral

MANUEL KELLNER

Altbekannt ist die Idee, ein Hammer könne dazu dienen Nägel oder Köpfe einzuschlagen. In ähnlichem Sinne schreibt Karl Marx im ersten Band des *Kapital* zur Maschinerie der modernen Industrie.

„Da also die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum des Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt ihn verpaupert usw., erklärt der bürgerliche Ökonom einfach, das Ansichbetrachten der Maschinerie beweise haarscharf, dass alle jene handgreiflichen Widersprüche bloßer Schein der gemeinen Wirklichkeit, aber an sich, also auch in der Theorie, gar nicht vorhanden sind.“ (MEW 23, 465.)

Kapitalistische Despotie

Wenn die für Lohn arbeitenden Menschen in frühkapitalistischer Zeit also zunächst die Maschinen zerschlugen, dann irren sie sich in der Bestimmung ihres Feinds. Für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, Verkürzung der Arbeitszeit und gegen die Ausbeutung durch die Kapitalisten zu kämpfen, war dann Ausdruck eines besseren Verständnisses der Gründe ihrer verzweifelten Lage.

Bei Marx und seinem Freund Friedrich Engels gibt es auch genügend Textstellen, die belegen, dass sie die Despotie der modernen Industrie selbst überwinden wollten, zum Beispiel folgende: „Wenn der Mensch mit Hilfe der Wissenschaft und des Erfindergenies sich die Naturkräfte unterworfen hat, so rächen sich diese an ihm, indem sie ihn, in dem Maße, wie er sie in seinen Dienst stellt, einem wahren Despotismus unterwerfen, der von aller sozialen Organisation unabhängig ist.“ „Das Reich der Freiheit“ lag daher für Marx und Engels „jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion“. (MEW 25, 828.)

Zerstörung von Mensch und Natur

Beide schrieben auch immer wieder über die Zerstörung von Wäldern, die Vergiftung von Flüssen und Luft, die ruinöse Ausbeutung von Rohstoffen usw. Bei Marx erscheint die kapitalistisch entwickelte Technologie im Bereich der Landwirtschaft als am wenigsten neutral.

„Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z.B., von der großen Industrie als

dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozess. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (MEW 23, 529 f.)

Die Steigerung der Produktivkräfte war für Marx kein Selbstzweck. Sie sollte der Schaffung von möglichst viel freier Zeit dienen, in der die Menschen ihre Fähigkeiten und Anlagen schöpferisch und entwickeln. Der Kampf um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist auch deshalb schon jetzt von besonderer Bedeutung.

Eine sozialistische Gesellschaft muss auf überflüssige und schädliche Produktionen und manche mögliche Steigerung der Arbeitsproduktivität etwa durch energieintensive Produktionsverfahren verzichten. Deswegen ist die Konversion vieler Produktionen – zum Beispiel der Chlorchemie – im Sinne ökologischer Verantwortlichkeit unabdingbar. ■



Karl Marx als Ampelmännchen in Trier.

Foto: Avanti².

Alle Dörfer bleiben!

Kohle stoppen! Dörfer schützen!




Sternmarsch

im Rheinischen Braunkohlerevier

Startpunkte:
Mit dem Fahrrad: Mönchengladbach (13 Uhr) & Erkelenz
Zu Fuß: Wanlo, Kuckum, Berverath, Holzweiler und Kaulhausen

Abschluss: Keyenberg

23.3.19
15 Uhr

#AlleDörferBleiben alle-dörfer-bleiben.de

Sternmarsch

23.3.2019

Damit alle Dörfer bleiben

Der vorläufige Rodungsstopp im Hambacher Forst ist ein großer Erfolg für die Klimagerechtigkeitsbewegung! Diesen wollen wir nutzen, um weiter dafür zu kämpfen, dass Braunkohle im Boden bleibt. Um einen sich selbst beschleunigenden Klimawandel aufzuhalten, müssen alle Tagebaue gestoppt werden. Auch der Tagebau Garzweiler - dort sind zur Zeit noch fünf Dörfer von der Abaggerung bedroht.

Deswegen sagen wir:
Kohle stoppen heißt alle Dörfer bleiben!

Lasst uns zusammen zeigen, dass die Zeit für RWE abgelaufen ist. Kommt zum Sternmarsch und stellt euch - gemeinsam mit den Menschen aus den Dörfern - dem Tagebau Garzweiler entgegen. Denn Bergbau und Klimawandel zerstören Lebensgrundlagen - hier und weltweit.

Was passiert an diesem Tag? Wir starten um 15 Uhr jeweils von verschiedenen Orten aus - Kaulhausen, Wanlo, Holzweiler, Berverath, Kuckum/Unterwestrich und Erkelenz. Von dort ziehen wir in fünf „Sternschweifen“ nach Keyenberg, dem Dorf, das nach den Plänen von RWE als nächstes dem Tagebau Garzweiler weichen soll.

Mit einer gemeinsamen Abschlusskundgebung werden wir zeigen: **Bis hierhin und nicht weiter!**

Detaillierte Infos findet ihr unter alle-dörfer-bleiben.de

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Oberhausen)

- MO, 11.03.19, 18:00 Uhr, Treffen vom Essener Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus; u. a. zur aktuellen Ausbildungssituation, Gewerkschaftshaus (Raum K2), Teichstr. 4a, Essen
- SA, 23.03.19, 15:00 Uhr, „Alle Dörfer bleiben“: Sternmarsch in Garzweiler, Infos unter www.alle-dörfer-bleiben.de
- MO, 25.03.19, 18:00 Uhr, Treffen vom Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL), Polit-Bureau, Lothringer Str. 64 (im Hof, 1. Tür rechts), Oberhausen
- MI, 27.03.19, 19:00 Uhr, Treffen des Frauen-Plenum Oberhausen, Annabergstr. 28, Oberhausen

Vorschau

- DI, 02.04.19, 19:00 Uhr, K14, Veranstaltung mit Ismail Küpeli: Buchvorstellung „Kampf um Rojava, Kampf um die Türkei und Diskussion zur aktuellen Situation in der Türkei und in Kurdistan nach den Kommunalwahlen vom 31.03.19.“

Impressum + Redaktion:

ISO Oberhausen & Freund*innen
Vi.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46
Email: info@iso-4-oberhausen.de
Web: www.iso-4-oberhausen.de

Kontakt:

ISO / IV. Internationale Oberhausen
Postfach 10 01 25
D-46001 Oberhausen

